

Bürgerbegehren gegen Logistikzentrum

Kritiker des Großprojekts haben mit Unterschriftensammlung begonnen · Zeitplanung ist in Gefahr

Die Gegner des geplanten Logistikzentrums „Kleine Hagelbreite“ planen ein Bürgerbegehren. Bis zum 27. September haben sie Zeit, 540 Unterschriften gegen das Projekt zu sammeln, das der Stadt 120 neue Arbeitsplätze beschaffen könnte. Die Aktion bringt das ganze Projekt in Gefahr.

VON ELMAR SCHULTEN

Volkmarsen. Von den Eckdaten her scheint das Projekt zu schön um wahr zu sein: Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gelingt es einer Gemeinde im Waldecker Land, eine Firma von außerhalb des Landkreises für eine Neuan siedlung zu gewinnen. Damit verbunden wären 120 komplett neue Arbeitsplätze.

Ganze Region profitiert

Dazu soll eine riesige Logistikhalle mit Ausmaßen von 135 mal 220 Metern am Ortsausgang in Richtung Wetterburg entstehen. Das Gelände dort ist im Flächennutzungsplan für eine Industrieansiedlung vorgesehen. Ein Gleisanschluss lässt sich ohne großen Aufwand einrichten. Vergleichbare Filetstücke sind extrem rar in Nordhessen.

Der Neubau bringt Aufträge für die heimische Bauwirtschaft, langfristig entstehen neue Arbeitsplätze und die Stadt Volkmarsen nutzt ihre Entwicklungsmöglichkeiten. Davon könnte die ganze Region Nordwaldeck profitieren.

Die Kritiker werden angeführt

von den beiden Stadtverordneten der Unabhängigen Liste, Arno Walprecht und Claudia Papst-Dippel.

Sie befürchten zusätzlichen Verkehr auf den Zufahrtsstraßen und der Bahnlinie. Dabei geht es konkret um einen zusätzlichen Güterzug, der nachts Originalteile von Volkswagen aniefert, die tags drauf mit Lastwagen in der Republik verteilt werden.

Die Kritiker glauben nicht an die dem Magistrat vorgelegten Zahlen, wonach die tägliche Lkw-Belastung auf der Strecke Wetterburg – Volkmarsen in den vergangenen zehn Jahren um etwa die Zahl abgenommen hat, die künftig beim Logistikzentrum erwartet wird.

Günstiges Grundstück

Hakola Dippel, der Sprecher der Bürgerinitiative gegen das Logistikzentrum, umreißt die Ziele seiner Bewegung so: Zum einen soll der Verkauf wertvollen Ackerlandes an den Investor verhindert werden. Dippel: „Wir vermuten, dass der einzige Grund für das Interesse des Investors am Standort Volkmarsen die im Landesvergleich extrem niedrigen Grundstückspreise sind.“ Zum anderen will die Bürgerinitiative die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 16. August zur Aufstellung des Vorhaben- und Erschließungsplanes aufheben lassen, um drittens den Bau der riesigen Halle inklusive ange dachter Erweiterungen zu verhindern.

Um dieses Ziel zu erreichen, strebt die Gruppe ein Bürgerbegehren nach Paragraph 8b der Hessischen Gemeindeordnung an. Dazu müssen sich



Protest gegen das geplante Logistikzentrum in Volkmarsen ist in diesen Tagen an der Ortsdurchfahrt von Ehringen sichtbar. Foto: Louis Schwarze

zehn Prozent der wahlberechtigten Einwohner für das Bürgerbegehren aussprechen. Maßgeblich ist die Zahl der letzten Kommunalwahl. Das waren 5392. Zehn Prozent entsprechen 540 Unterschriften.

Sollten sich tatsächlich so viele Bürger für das Bürgerbegehren aussprechen, dann hätte das Stadtparlament die Gelegenheit, den beanstandeten Beschluss von sich aus zu kassieren. Sollte das Stadtparlament bei seinem Beschluss für das Logistikzentrum bleiben, dann wäre der Weg frei für einen Bürgerentscheid, bei dem alle Wahlberechtigten Volkmarser zur Urne gerufen würden.

Beide Verfahren sind vergleichsweise zeitaufwendig. Es sind Fristen einzuhalten, die da-

zu führen, dass das in den vergangenen Monaten mit Hochdruck betriebene Verfahren zur Erlangung des Baurechts hinausgezögert würde. So lange kann und will der Investor im vorliegenden Fall aber nicht warten. Aus Baunatal kommen Signale, wonach das Logistikzentrum schon in der ersten Hälfte des kommenden Jahres in Betrieb gehen soll.

Nicht einknicken

Mit anderen Worten: Es besteht die Gefahr, dass der Investor die mündlich avisierte Zusage zurückzieht und einer anderen Stadt in Nordhessen den Vorzug gibt.

Hakola Dippel hat in seinem Schreiben an den Magistrat aus-

drücklich darum gebeten, vor Ablauf der Frist für die Abgabe der Unterschriften zum Bürgerbegehren (27. September) „keine vollendeten Tatsachen zu schaffen, die unserem Begehren zuwiderlaufen würden“.

In einer ersten Stellungnahme am Sonnabend erklärte Bürgermeister Hartmut Linnke gegenüber der WLZ, dass er aufgrund der vorliegenden überwältigenden Mehrheitsbeschlüsse des Stadtparlamentes keine Notwendigkeit sehe, kurz vor dem Ziel „einzuknicken“. Er werde sich mit dem Magistrat und den Fraktionsvorsitzenden abstimmen und alles dafür tun, dass das für die Stadtentwicklung so wichtige Projekt durchgezogen werden könne.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken